



Forum Umwelt
und Entwicklung



Landnutzungsplanung in Indonesien

Regelungen, Chancen und Hemmnisse

Impressum

Herausgeber:**Forum Umwelt und Entwicklung**

Marienstraße 19–20

D-10117 Berlin

Tel.: +49 (0)30 678 1775 93

E-Mail: info@forumue.de

Internet: www.forumue.de

Plattform “Nachhaltige Biomasse”**Verbändeprojekt nachhaltige Landnutzung
und ressourcenschonende Biomassepolitik**

Dieses Projekt wird gefördert von:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit



Das Forum Umwelt und Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände e.V.

Autor:

Marianne Klute (Watch Indonesia!)

Redaktion und Kontakt:

László Maráz

Layout:

Monika Brinkmüller

Fotos:

Titelseite: Rita Sastrawan

Berlin, April 2013

Bedeutung und Definition von Landnutzungsplanung

Landnutzungsplanung spielt nach der Umweltkonferenz von Rio de Janeiro im Jahre 1992 eine zentrale Rolle im Management von Naturressourcen. Innerhalb eines nachhaltigen Landnutzungsmanagement ist Planung im Vorfeld der Realisierung von Nutzungsmaßnahmen und deren nachfolgender Kontrolle grundlegende Voraussetzung für die Vermeidung vieler möglicher Probleme. Sie kann und soll verschiedene, auch konkurrierende Sektoren und Nutzungsansprüche verknüpfen und Konflikte zwischen ihnen regeln. Gleichberechtigt neben der Planung von Nutzungen wirtschaftlicher Bedeutung stehen kulturelle und ökologische Belange. Herausragende Merkmale einer modernen Landnutzungsplanung sind integrierte und partizipative Ansätze.¹

Indonesiens Wirtschaft ist hauptsächlich auf die Nutzung von Naturressourcen ausgerichtet, sowohl in makroökonomischer als auch in mikroökonomischer Hinsicht. Makroökonomisch bedeutend und zugleich ressourcen- und flächenverbrauchend sind in erster Linie die Holz- und die Plantagenwirtschaft, vor allem Akazien und Ölpalmen, sowie Bergbau. Mikroökonomisch betrachtet ist mindestens ein Drittel der Bevölkerung ganz oder teilweise direkt von Naturressourcen abhängig. Die negativen Auswirkungen dieser an der Ausbeutung der Naturressourcen orientierten wirtschaftlichen Ausrichtung, nämlich die rasante Entwaldung mit schwerwiegenden ökologischen und sozialen Folgen sowie soziale Umbrüche mit zahllosen Konflikten, könnten

idealerweise durch eine integrative und umfassende Landnutzungsplanung verringert werden.

Diese Studie informiert über den Stand, die Besonderheiten und Herausforderungen der Landnutzungsplanung in Indonesien. Von den drei Aspekten des Raumplanungssystems soll hier vor allem der Planungsprozess (*perencanaan tata ruang*) betrachtet werden. Über die Entwicklungen in der Landnutzung (*pemanfaatan ruang*) als solche sowie ihre Kontrolle (*pengendalian pemanfaatan ruang*) wird aber ebenfalls informiert.

Problemstellung: massive Landnutzungsänderungen durch Entwaldung

Es gibt wohl kaum einen Staat, dessen Landnutzung sich so schnell und großflächig verändert wie Indonesien. Zwar unterscheiden sich neuere Daten zur Entwaldung, auch solche über längere Zeiträume, zum Teil erheblich, doch zeigen alle Studien in eine Richtung: Der Großteil der Landnutzungsänderungen wird durch die Neuanlage von allein 7 Millionen Hektar Ölpalmpflanzungen verursacht und hat den Verlust großer Waldflächen zur Folge. Das Anwachsen urbaner Zentren trägt hingegen nur in geringerem Umfang zur Umwandlung anderer Nutzungsformen bei.

Um die Jahrtausendwende hatte Indonesien die höchste Entwaldungsrate der Welt. Innerhalb von 30 Jahren, von 1975 bis 2005, reduzierte sich die von Wald bedeckte Flächen von 130 Mio. Hektar im Jahre 1975 auf 86 Mio. Hektar im Jahre 2003². Andere Autoren berichten

*Abholzung für eine neue,
40.000 Hektar große
Plantage im Distrikt
Manokwari, West-Papua (Foto:
Rita Sastrawan)*



sogar von einem Rückgang auf 65 Mio. Hektar. In den darauffolgenden Jahren verringerte sich die Entwaldungsrate ein wenig, zumal die Flachlandregenwälder auf Sumatra und Kalimantan bereits weitgehend zerstört waren. Indonesische Umweltverbände schätzen den realen Waldverlust höher ein und gehen davon aus, dass die von Primärwald bedeckte Fläche heute möglicherweise auf 23 Mio. Hektar oder sogar weniger geschrumpft ist. Das mag daran liegen, dass Degradierung von Wäldern meist nicht in amtlichen Statistiken erfasst wird und das Forstministerium aus politischen Gründen zu einer höheren Waldbedeckung tendiert.

Aus neueren Karten der Entwaldung geht hervor, dass im letzten Jahrzehnt Primärwaldgebiete zu 23% in Holzplantagen für die Zellstoffindustrie (HTI, Hutan Tanaman Industri, Industriewald, meist Akazie und Eukalyptus) und zu 17% in Agropplantagen (HGU, Hak Guna Usaha, Betriebsnutzungsrecht, meist Ölpalmen) umgewandelt worden sind, während gut die Hälfte der Primärwaldgebiete, vermutlich nach Entwertung durch Holzeinschlag, als degradiert, verbuscht oder kahl zu bezeichnen sind.

Ökologische Folgen der Landnutzungsänderungen

Diese massiven Landnutzungsänderungen (LUC = land use change) stellen Indonesien vor komplexe ökologische Probleme. Erwähnt seien nur Veränderungen der Wasserkreisläufe und der lokalen Wetterbedingungen mit Auswirkungen auf

die Landwirtschaft, die alltäglichen Katastrophen, die laut Umweltnetzwerk WALHI Indonesien zu einer „Katastrophenrepublik“ gemacht haben, sowie der Verlust an Humus und die Waldbrände.

- Entwaldung
- Störungen der Wasserkreislaufsysteme
- Überschwemmungen und Dürren
- Erosion
- Treibhausgasemissionen
- Verlust Biologischer Vielfalt
- Verlust an Waldprodukten/
Sammelprodukten/Wild

Globale Folgen haben die Emissionen Indonesiens, die zu zwei Dritteln aus Entwaldung, Torfbränden und Landnutzungsänderungen entstammen, während die Emissionen aus industrieller Produktion nur 3% ausmachen. Wegen der hohen Emissionen – nach China und den USA ist Indonesien der weltgrößte Emittent von Treibhausgasen - ist es von globaler Bedeutung für die Eindämmung der Klimaerwärmung, dass Landnutzungsänderungen durch Entwaldung schnell Einhalt geboten wird.

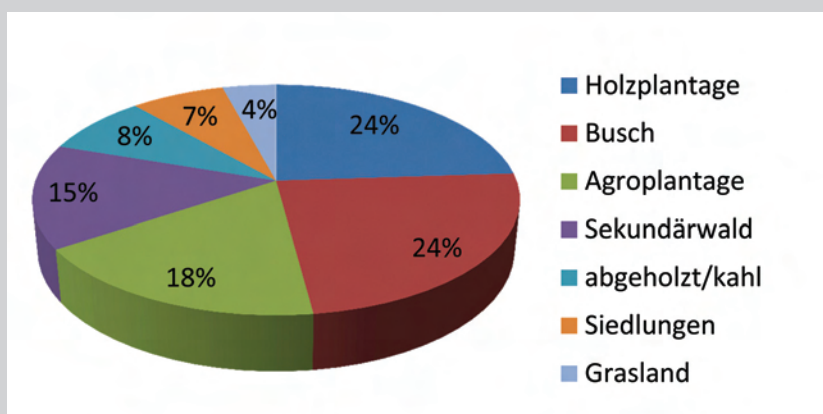
Politische, wirtschaftliche und soziale Folgen der Landnutzungsänderungen

Landnutzungsänderungen führen über ökologische Folgen hinaus zu rasanten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umbrüchen. Vor der Änderung der Landnutzung steht zumeist die Änderung der Besitzverhältnisse: Subsistenzbauern und Indigene müssen Firmen weichen, die das Nutzungsrecht in Form einer Konzession (izin)

oder eines Rechts (hak) innehaben. Immer mehr Land konzentriert sich in den Händen einiger weniger, mit politischen Entscheidungsträgern verbundener oder mit ihnen identischer, Wirtschaftsunternehmen. Dies belastet die seit Anfang der 1960er Jahre ins Stocken geratene Landreform und gefährdet nicht zuletzt den fragilen Demokratisierungsprozess.

Landnutzungsänderungen gleichen häufig dem Landraub. Nicht von ungefähr sind mit der Einrichtung der HTI und HGU auf Waldgebiet Tausende von Landrechtskonflikten verbunden. LUC gehen in Indonesien mit spürbaren Veränderungen der Zusammensetzung der Bevölkerung einher: Die Migration von Arbeitskräften erfolgt in der Regel aus Java auf die Außeninseln Su-

Grafik 1:
Landnutzungsänderung von Wald zu anderer Nutzung



(Grafik nach Daten aus: Time series, land - cover maps of Indonesia: 1990, 2000, 2005 und Rob Finlayson, Mapping a greenhouse gas hotspot: Indonesia's forest losses and greenhouse gas emissions have finally been mapped, May 2011)

matra, Kalimantan, Sulawesi und Papua. Häufig führt dies zu „horizontalen“ Konflikten zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

- Landraub mit Verlust der Existenzgrundlagen eines beachtlichen Teils der Bevölkerung;
- Landrechtskonflikte;
- Konzentration von Land und Macht bei nur wenigen Konzernen und mit ihnen verbundenen Politikern und Sicherheitskräften;
- soziale Umbrüche;
- demographische Veränderungen.

Ursachen der Landnutzungsänderungen

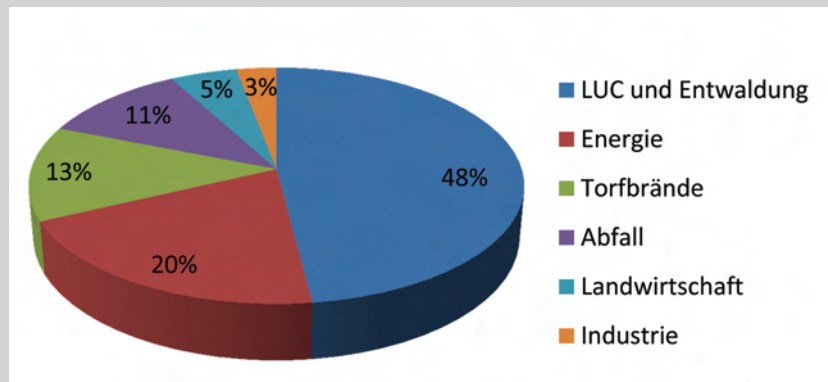
Ursachen der LUC sind nicht minder komplex als ihre Folgen. Äußere Faktoren wie der Druck durch Ressourcenbedarf – sprich: die internationale Nachfrage nach Tropenholz, Zellstoff und Palmöl - gehören ebenso zu den Ursachen wie innerindonesische Gründe:

- Konkurrierende Land(nutzungs)rechte, mangelnde Rechtsgarantien für Landbesitz und Landnutzung, sowohl traditionelle als auch individuelle, und fehlender Schutz für Indigene;
- unklare Kompetenzen der Instanzen;
- Korruption; und nicht zuletzt die
- Mängel der Landnutzungsplanung.

Landrechte und Ressourcennutzung (Hak atas Tanah dan Pengelolaan Sumber Daya Alam)

Wie das System der Landnutzungsplanung funktionieren müsste, sei im Folgenden erläutert. Regelungen der Landnutzung bestimmen, wie in Indonesien Ressourcen genutzt werden. Im Grundgesetz von 1945 ist festgelegt, dass der Staat „Land, Boden, Wasser und die darin befindlichen Ressourcen beherrscht, zur Wohlfahrt des Volkes“ (UUD, Undang-undang Dasar 1945, 33). Auch wenn diese Bestimmung eher schwammig und nicht weiter ausgeführt ist, hat sie grundlegende Bedeutung für Raum- und Landnutzungsplanung. Die Zielsetzung „zur Wohlfahrt des Volkes“ sollte eigentlich zu einer Raumplanung führen, die nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz mit einschließt. Die Betonung des Begriffes „Volk“ bedeutet, wenn juristisch in angemessener Weise interpretiert wird, dass die Anerkennung traditio-

Grafik 2:
Quellen von Treibhausgasemissionen



(Grafik nach Daten aus: Indonesia's National Greenhouse Gases Inventory in 2000, und: Umweltministerium der Republik Indonesien, 2009)

neller Landrechte verfassungsgemäß verankert ist. Der Sorge, dass traditionelle Landrechte generell im Widerspruch zu nationalen Entwicklungszielen stehen und den „Einheitsstaat Indonesien“ gefährden können, sollte mit entsprechenden klaren Regelungen und praktikablen Instrumenten begegnet werden.

In der Rechtspraxis orientiert sich nationales Landrecht – unter anderem wohl aus Gründen der Praktikabilität – am westlichen Modell von Landbesitz, welches auf traditionelle Landrechtsvorstellungen überstülpt wurde. Traditionelle Landrechtsvorstellungen fließen in das Hukum Adat genannte traditionelle Recht ein. Die im Detail regional sehr unterschiedlichen Hukum Adat zeichnen sich durch eine Gemeinsamkeit aus: individueller Besitz von Land ist eine unbekannte Vorstellung, da Land als das gebende Element verstanden wird, das nicht in Besitz genommen werden kann. Landnutzungsrechte nehmen Einzelpersonen, Familien und Gemeinschaften nur für kürzere Perioden wahr. Andererseits kennen traditionelle Gemeinschaften klare Territorialgrenzen, die sich aus der Nutzung, auch solcher, die Jahrzehnte zurückliegt, ergeben. Im starken Gegensatz zur Tradition bevorzugt das nationale Landrecht Individualbesitz, der jedoch nicht für die als „Staatsland“ (tanah negara) identifizierten Flächen gilt. Für diese vergibt der Staat langjährige Konzessionen (25-95 Jahre) an wirtschaftlich interessante Nutzer, um damit möglichst hohe Einnahmen für die Staatskasse zu erzielen. Die zahlreichen Konflikte, die durch die widersprüchlichen Landrechtssysteme entstehen, sind Folge des inkohärenten Neben- und Gegeneinander der beiden Rechtssysteme.

In der Praxis hat Indonesien ein ausgeklügeltes System der Vergabe von Konzessionen an Industrieunternehmen (Holzeinschlag, Zellstoff, Ölpalmen, Gas und Erdöl, Bergbau) entwickelt, ohne parallel dazu die erforderlichen Instanzen für die Berücksichtigung traditioneller Landnutzung aufzubauen. Der Staat stellt also das "Herrschen" über Land vor das Wohl der Bevölkerung. Obwohl Land nicht automatisch Staatsbesitz ist, stand insbesondere in der Suharto-Ära jedes Gebiet, das als "Wald" (kawasan hutan) kategorisiert wurde, unter der Autorität des Staates.

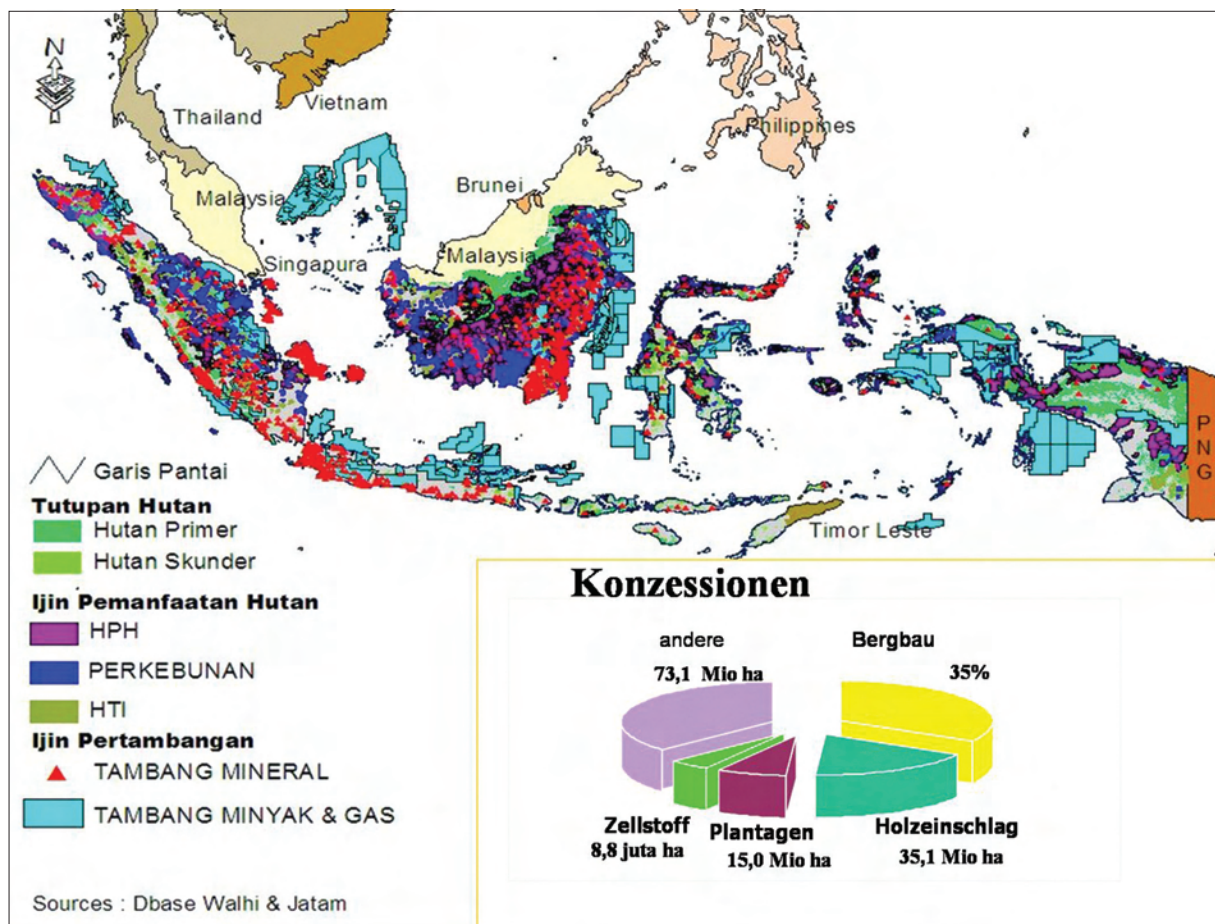
Aufbauend auf dem Forstgesetz von 1965 als rechtlicher Grundlage klassifizierte der Waldnutzungsplan von 1982 (Tata Guna Hutan Kesepakatan) 75% der Fläche Indonesiens als Wald. Dieser wurde in Nutzungskategorien aufgeteilt und beeinflusst mit diesen bis heute die Landnutzungsplanungen. Landnutzungsplanung heißt somit zu drei Vierteln gleichzeitig Waldpolitik. Am Forstminister als bedeutendsten Hemmschuh kommen die Planer nicht vorbei.

Die ersten Karten, aus denen die Klassifizierung bzw. der Status der Wälder hervorgehen, stammen von 1984. Sie stimmen mit der Realität häufig nicht überein, bilden jedoch bis heute die Grundlage für die Vergabe von Konzessionen und damit für die Landnutzung.

Neue Forst- und Agrargesetze

Ein neues Forstgesetz, erlassen unter Präsident Habibie 1999 nach dem Ende der Suharto-Diktatur, anerkennt das traditionelle Rechtssystem (Adat) und die Nutzung traditioneller Landrechte zwar, jedoch nur unter bestimmten Einschränkungen. Auch wenn der traditionell lebenden Bevölkerung weiterhin Recht auf Landbesitz verwehrt bleibt, so besteht theoretisch die Möglichkeit, einen Nutzungsplan im Sinne traditioneller Nutzung zu erarbeiten. Dieser muss sich aber im Rahmen des Landnutzungsplanes der Provinz bewegen. (Rencana Tata Ruang Wilayah Propinsi).

Karte: Konzessionen



Legende links: Waldbedeckung in Grün für Primär- und Sekundärwald, Konzessionen für Waldnutzung: Lila (HPH) Holzeinschlag, Blau (Perkebunan) Plantagen, Oliv (HTI) Holzplantagen, Konzessionen für Bergbau: rote Dreiecke Mineralien, hellblaue Flächen: Gas und Öl

Wieviel Land beherrscht die Palmölindustrie?

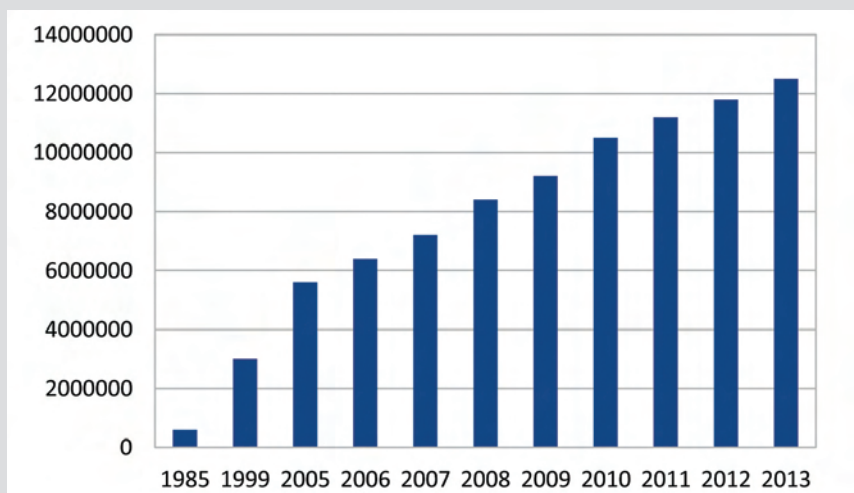
Innerhalb eines Zeitraums von nur sieben Jahren ist die Fläche der Ölpalmsplantagen von 5,6 Mio. Hektar (2005) auf mehr als 12 Mio. Hektar (2013) angestiegen. Der Großteil der Expansion erfolgte in bewaldete Gebiete. Der Blick auf Grafik 1 zeigt, dass 18% der vor wenigen Jahren noch bewaldeten Flächen heute Ölpalmsplantagen sind. Bis 2026 plant Indonesien, die Ölpalmsplantagen auf 26 Mio. Hektar auszuweiten. Die Ölpalmunternehmen halten heute die Vor-Genehmigungen auf Land

(identifikasi lahan) über weitaus mehr Flächen als die Zahlen über die bereits angelegten Plantagen erahnen lassen. Nach Daten von lokalen und nationalen Umweltorganisationen handelt es sich dabei um mehr als 30 Millionen Hektar, vielleicht sogar 40 Mio. Hektar, welche weitgehend abgeholzt und heute entweder Grasland, mit Sekundärwald bedeckt oder verbuscht sind. Die Ölpalmindustrie ist damit neben der Zellstoffindustrie Hauptverursacher für die großflächigen Landnutzungsänderungen.

Auf Sumatra haben Ölpalmunternehmen im Vergleich zu den bereits angelegten Plantagen etwa dreimal so viel Land in ihren Händen, in Kalimantan und Papua noch weitaus mehr.

Nach Angaben des Forstministeriums befindet sich etwa die Hälfte der Ölpalmsplantagen auf Land, das den Status „Wald“ hatte, der Autorität des Forstministeriums unterlag und das für die Nutzungsänderung freigegeben wurde, mit anderen Worten: diese Wälder wurden gezielt für die Palmölproduktion kahl geschlagen. Ein weiterer Aspekt der rasanten Ölpalmenexpansion ist die illegale Anlage von Plantagen. Dem indonesischen Forstministerium zufolge befinden sich allein in Zentralkalimantan fast 4 Mio. Hektar Ölpalmsplantagen auf „Wald“, der NICHT für die Umwandlung freigegeben wurde (und die allein deshalb illegal sein müssten!). Abgesehen vom Verstoß gegen die Klassifizierung der Flächen gibt es nur sehr wenige Plantagen, die über alle notwendigen Genehmigungen verfügen oder diese auf rechtmäßige Weise erhalten haben. Mit anderen Worten: man setzt sich über Planungen und Gesetze hinweg.

Abbildung 1:
Expansion der Ölpalmsplantagen



(Klute; nach Daten des Landwirtschaftsministeriums und von Sawit Watch)

Formaljuristisch wesentlich entscheidender ist das Agrargesetz von 1960 (UU No. 5/1960). Es erlaubt dem Staat die Autorität in der Verwaltung von Land und in der Politik zu Land, einschließlich der Entscheidung, wie und welches Land in welcher Form zu nutzen und zu kultivieren sei. Laut Agrargesetz bestimmt und reguliert der Staat die Rechtsbeziehungen der Bürgerinnen und Bürger und aller ihrer Handlungen zu Land. Eine in der Sukarno-Ära begonnene Agrarreform konnte nach Suhartos Machtübernahme nicht durchgeführt werden. Die Verfassung und das Agrargesetz sind die Basis für die dominierende Rolle des Staates über Land, und Raumordnung wie Landnutzungspolitik stehen mit beiden Gesetzen in Übereinstimmung.

Als Meilenstein und richtiger Schritt auf dem Weg zur Anerkennung traditioneller Landrechte kann die Entscheidung des indonesischen Verfassungsgerichts vom 16. Mai 2013 gelten. Das Verfassungsgericht strich im derzeit gültigen Forstgesetz das Wort „Staat“ aus dem Begriff „Staatswald“. Damit soll von Indigenen genutzter Wald nicht mehr automatisch als Staatswald bezeichnet werden. Nach Auffassung des Indigenenverbandes AMAN (Aliansi Masyarakat Adat Nusantara) ist damit ein Drittel der indonesischen Wälder customary forest und in Zukunft der Autorität des Forstministeriums entzogen. Das Forstministerium nennt die Zahlen überzogen und gibt zu bedenken, dass der Weg durch die Instanzen Jahre in Anspruch nehmen wird. Die mit dem Urteil des Verfassungsgerichts verbundene Hoffnung auf

Die Provinz Riau in den Händen der Papierindustrie

Papier ist ein Machtfaktor in Riau. Fast ein Drittel der Fläche der Provinz Riau, genauer: 31%, ist in den Händen der beiden großen Papierkonzerne APP (Asia Pulp & Paper) und APRIL (Asia Pacific Resources Limited). Ihre Holzplantagen (HTI, Hutan Tanaman Industri) und Einschlagskonzessionen in Naturwald (HPH, Hak Pengelolaan Hutan) bedecken fast 3 Millionen von fast 9,5 Mio. Hektar der Gesamtfläche Riau. Dazu kommen noch 400.000 Hektar Wald anderer Unternehmen. Und die Papierindustrie will ihre Machtbasis ausbauen, auch über Riau hinaus nach Kalimantan, Papua, aber auch in andere Staaten und sogar bis Deutschland, denn, so heißt es in einer Pressemitteilung: „APP hat es sich zum Ziel gesetzt, im 21. Jahrhundert zur Nummer 1 der Papier- und Zellstoffhersteller nach internationalem Standard aufzusteigen“. Das heißt unter anderem, die Produktion erhöhen, mehr Akazien-

plantagen anlegen und dafür große Waldgebiete abholzen, sowie Anteile am Handel mit Papierprodukten sichern.

Die Hälfte der bisherigen Entwaldung Riau geht auf das Konto der beiden Papiergiganten APP und APRIL. Auf den abgeholzten Flächen sind zum Teil Akazienmonokulturen angelegt worden, die als Kurzumtriebsplantage den Rohstoff Holz an die Zellstoffmühlen liefern. Doch das Plantagenholz deckt den Bedarf längst nicht, sodass APP auch Holz aus Primär- und Sekundärwäldern zu Zellstoff verarbeitet. Dieses Tropenholz schlagen sowohl konzerneigene als auch Subunternehmen und Lieferanten ein. Daneben gibt es immer wieder Hinweise auf den Bezug von illegalem Holz. In einigen Fällen wurden Unternehmen von APP und APRIL in Gerichtsprozessen wegen illegaler Abholzung genannt. Bezeichnenderweise verliefen diese Prozesse im

Sande, bzw. wurden laut Eyes on the Forest „urplötzlich abgeschlossen“.

Etwa 90% der Holzplantagen und Wälder, für die die beiden Papierkonzerne Konzessionen halten, befinden sich auf Torfböden. Riau, insbesondere die Halbinsel Kampar, verfügt über Südostasiens bedeutendste Torfböden. Die Torfmoorwälder Riau sind global bedeutende Kohlenstoffspeicher. Ihrer Pflanzendecke beraubt und drainiert, emittieren die Torfböden einen Großteil der indonesischen Treibhausgase. Und in jeder Trockenzeit brennen die Böden, sei es, dass Firmen gezielt Feuer legen, um Restholz und Wurzeln anzubrennen, sei es, dass die ausgetrockneten Torfe, in deren tiefen Schichten Hitze herrscht, sich selbst entzünden. Mit den Wäldern Riau verschwindet eine einzigartige Artenvielfalt. Auch die noch vorhandenen kleinen Habitate für den bedrohten Sumatra-Tiger sind akut bedroht.

Walderhalt und die Vermeidung massiver, großflächiger Landnutzungsänderungen kann nur langfristig erreicht werden.

Ausweitung des Ölpalmenanbaus geplant

Die Expansionspläne der Regierung sind gewaltig. CIFOR gibt an, dass die aktuellen Nutzungsplanungen von Sumatra, Kalimantan und Sulawesi zusammen die Umwandlung von 16,5 Mio. Hektar Wald in Plantagen vorsehen. Für Papua sieht die Regierung gar 10 Mio. Hektar Ölpalmplantagen vor. Gerade hier, insbesondere im Süden im Distrikt Merauke, aber auch bei Jayapura, Sorong, Manokwari und Nabire, wird seit 2008 in großem Maßstab der noch ursprüngliche Regenwald abgeholzt und umgehend mit Palm-Setzlingen bepflanzt.

Inwieweit die Planungsbehörden überhaupt auf diese Entwicklung Einfluss haben, ist eine andere Frage, denn der Großteil der schon bestehenden Ölpalmplantagen befindet sich auf Flächen, die von den Planern als „ungeeignet“ oder „wenig geeignet“ eingestuft werden. In die Beurteilung

der Eignung fließen bodengeographische, geländespezifische, klimatische, aber auch wirtschaftsplanerische und soziale Aspekte ein.

Landrechtskonflikte

Für die Bevölkerung gestaltet sich die aggressive Expansion dramatisch: 7.491 Landkonflikte sind nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums ungelöst (Stand: Frühjahr 2013). Laut Mukti Sardjono von der Plantagenabteilung im Landwirtschaftsministerium gab es allein im Zeitraum von September 2011 bis Oktober 2012 mehr als 800 Konfliktfälle. Indigene und lokale Bauern werden oft mit Gewalt vertrieben. Lokale Umwelt- und Menschenrechtsgruppen berichten von einem dramatischen Anstieg der Kriminalisierung der sich wehrenden Menschen. Hunderte Bauern sitzen im Gefängnis, und bei gewalttätigen Vertreibungen durch Sicherheitskräfte kommt es immer wieder zu Toten. So registrierte das zivilgesellschaftliche Konsortium für Agrarreform im Jahr 2012 insgesamt 198 gewalttätige Fälle, mit drei Toten, Dutzenden Angeschossenen und 156 Inhaftierten.

Raumordnungsplanung (Perencanaan Tata Ruang)

Landnutzungsplanung als Mittel zur Eindämmung der Folgen von unerwünschten Landnutzungsänderungen

Was für Regelungen gibt es, den Wildwuchs, bzw. den Kahlschlag, einzudämmen? Gibt es überhaupt eine Landnutzungspolitik, gibt es Landnutzungsplanung in Indonesien, orientiert sich diese an sozialen und bodengeographischen Gegebenheiten? Oder regiert nur Gewalt, Korruption und Profitgier?

Eine kohärente und nachhaltige Landnutzungsplanung berührt nicht nur die Frage des nachhaltigen Umgangs mit Ressourcen, sondern ist eng mit politischen und sozialen Fragen wie dem Umgang mit Rechtstaatlichkeit, mit Indigenen- und Landrechten verwoben. Auf diese wurde bereits oben eingegangen.

Das EU-Kompendium zu Raumplanungssystemen und Politik beschreibt Raumplanung als sehr systematische und formale Hierarchie von Plänen von der nationalen Ebene bis zur lokalen Ebene, die die Arbeit der Behörden auf den verschiedenen Ebenen und über verschiedene Bereiche koordiniert und die das Schwergewicht dabei auf die Raumkoordination und nicht auf wirtschaftliche Entwicklung legt.³ Verschiedene europäische Akteure sind in Indonesien in Phasen der Entwicklung des Planungsrahmens eingebunden und beeinflussen das sich entwickelnde System.

Die aktuelle Raumordnung und Landnutzungsplanung ist ein nicht abgeschlossener Prozess im Werden, mit vielen Lücken und Mängeln. Gerade in der Zeit nach der Asienkrise (1997) und dem erzwungenen Rücktritt Suhartos (1998) erlebte Indonesien schnelle institutionelle Veränderungen, auch in der Raumplanung. Trotzdem bemängeln indonesische Fachleute, dass trotz

aller Anstrengungen und Unterstützungen der Prozess noch immer viel zu langsam erfolgt.

Entwicklung der Raumordnungspolitik / Landnutzungsplanung

Die Entwicklung der Landnutzungsplanung kann in mehrere Phasen gegliedert werden:

Erste Planungen der unabhängigen Republik Indonesien, die noch auf dem holländischen Erbe der Stadsvormings Verordnung (SVV) von 1949 basierten, wurden bald irrelevant, da die SVV auf Javas Großstädte zugeschnitten war. In den 1980-er Jahren entstanden die ersten Karten mit der Klassifizierung der Wälder (Schutzwälder, Nationalparks, Wälder begrenzter Produktion, Produktionswälder und Konversionswälder, letztere für die Umwandlung in landwirtschaftliche und andere Flächen), nachdem das Innenministeriums das Forstministerium angewiesen hatte, einen Konsens basierten Waldnutzungsplan (Tata Guna Hutan Kesepakatan) zu erstellen.

Die ersten Regelungen zur Raumordnung entstammen dem Transmigrationsprogramm, mit dessen Hilfe Tausende und Abertausende von landlosen Bauern und Armen, meist aus Java, in zu erschließende Regenwaldgebiete auf den so genannten Außeninseln (Sumatra, Kalimantan, Papua u.a.) umgesiedelt wurden. Die Zeit von 1987 bis 1990 kann als erste Phase dieses Prozesses betrachtet werden. Der Landnutzungsplan für die Transmigration (RePPPProT) definiert Landnutzungszonen und war die Grundlage für die Klassifizierung von Wirtschafts- und Forstgebieten. Die Karten aus dieser Zeit sind bis heute Basis der Planungen für die aktuelle Konzessionsvergabe.

1992 wurde ein Gesetz zur Raumplanung verabschiedet, an dem die Nationale Entwicklungsbehörde Bappenas beteiligt war. Dieses Gesetz (UU No 44/1992) war ein einfach strukturiertes Gesetz mit eher allgemein gehaltenen Regeln und Klassifizie-



rungen, in Erwartung, dass die verantwortlichen Ministerien detailliertere Richtlinien und Standards ausarbeiten. Bis zum Ende der Suharto-Ära (1998) war dieser Prozess noch längst nicht abgeschlossen.

In den ersten Jahren der Reformasi-Ära produzierte Indonesien eine Unmenge neuer Gesetze und Verordnungen, z.B. zu Wasserressourcen, Siedlungswesen, Regionalverwaltung und Steuerwesen, weshalb das alte Gesetz bald obsolet wurde.

Die aktuelle Raumordnungspolitik: Gesetz No 26 / 2007

Seit 2007, beginnend mit dem Gesetz für Land- und Küsten-Ressourcenplanung, arbeitet die indonesische Regierung an neuen Rahmenbedingungen für Planungsprozesse. Diese sollen wie gehabt Wirtschaftswachstum fördern und den Aufbau von Infrastruktur und Landwirtschaft erleichtern. Zusätzlich enthalten sie auch ökologische Aspekte wie etwa den Erhalt der Biodiversität. Im gleichen Jahr wurde auch ein neues Raumordnungsgesetz verabschiedet. Die Planungen richten sich am Ziel der Stimulierung und Förderung von Wirtschaftswachstum und Verwaltungsdienstleistungen aus. Das Gesetz erkennt gewichtige Probleme und Mängel der aktuellen Situation, erweitert die Befugnisse der Provinzen und Distrikte und führt eine Zonierung (s.u.) nach US-amerikanischem Modell ein.

Im Rahmen der Dezentralisierung ab 2001 erwuchsen den Provinzen und Distrikten neue Aufgaben und Rechte, die sie in dem zentralistisch regierten Indonesien der Suharto-Diktatur nicht innehatten. Mit einem Präsidialerlass (Perpres No. 34/2003) erhielten Provinzen und Distrikte Autorität u.a. über folgende Angelegenheiten des Landmanagements:

- Vergabe von Landgenehmigungen als ersten Schritt im Genehmigungsverfahren für Plantagen;
- Bestimmung von Land für Entwicklungsprojekte;
- Streitschlichtung bei landwirtschaftlich nutzbarem Land;
- Erhebung von Grunderwerbsteuer;
- Bestimmung von Gemeindeland;
- Kahlschlaggenehmigungen und
- Landnutzungsplanung.

Formal-hierarchisch hat Indonesien das EU-Modell kopiert. Raumplanung erfolgt danach auf drei Ebenen: der nationalen (RTRWN – Rencana Tata Ruang Wilayah Nasional), der Ebene der Provinzen (RTRWP – Rencana Tata Ruang Wilayah Propinsi) und auf urbaner bzw. Distrikt-Ebene (RTRWK – Rencana Tata Ruang Wilayah Kota/Kabupaten).

Der Nationale Raumplanungsplan RTRWN verfolgt eine langfristige Strategie von 25-50 Jahren auf der Basis von Plänen im Makromaßstab (1:1.000.000), während der der Provinzen mittelfristige Strategien von 15 Jahren auf der Basis von Plänen im kleineren Maßstab (1:250.000) und der der Distrikte bzw. Städte kurzfristige Strategien von fünf Jahren mit Plänen im Maßstab von 1:25.000 verfolgt.

Die Planungen können zwischenzeitlich, nach fünf Jahren, revidiert werden. Als Gründe für Änderungen der Landnutzungsziele werden sozio-ökonomische, ökologische und administrative politische Vorgaben angegeben:

- Anpassung an politische Ziele des Wirtschaftswachstums und der Steigerung des lokalen Einkommens;
- Anpassung an Politik der Nahrungsmittelsicherheit;
- Anpassung an die vorhandene Nutzung von Waldressourcen durch die lokale Bevölkerung;
- Anpassung an veränderte ökologische Situationen, z.B. an Entwaldung und Bodendegradierung;
- Anpassung an Verwaltungsgrenzen, z.B. an Teilung von Distrikten.

Im Verlauf der Revision der Planungen können die Distrikte verlangen, dass für Produktionswald vorgesehene Flächen den Status Wald verlieren und einer anderen Nutzung zugeführt werden. Auch wenn das Gebiet bewaldet ist und sogar, wenn es über Wald mit hoher Biodiversität oder hohem Schutzwert (High Conservation Value) verfügt, bestimmt der neue Status "Gebiet anderen Nutzens" die zukünftige Vergabe von Konzessionen. Nicht selten werden die betreffenden Gebiete für Ölpalmplantagen vorgesehen.⁴

Probleme der Raumordnungspolitik

Unklare Partizipationsmechanismen

Grundlegend für die Raumordnungspolitik bleiben, wie oben ausgeführt, die Verfassung und das Agrargesetz, womit auch die größten Hemmnisse für eine nachhaltige und sozial gerechte Landnutzung benannt sind: die dominante Rolle des zentralistischen Staates mit seiner Vorliebe für top-down Entscheidungen im Sinne eines Export orientierten makro-ökonomischen Wirtschaftswachstums.

Verschiedene Fachleute geben an, dass das neue Gesetz, ebenso wie das alte von 1997, nicht

dem integrativen umfassenden Ansatz nach EU-Vorstellungen entspricht und deshalb sogar hinter der Verordnung der Kolonialzeit zurückbleibt.

Mit der Dezentralisierung wurden die Beteiligung der Bürger und ihre Rechte auf transparente Information, auf Entschädigung sowie auf Partizipation an Raumplanung, Landkultivierung und Kontrolle gestärkt. Dagegen bleibt die Rolle des öffentlichen Sektors im Gesetz selbst ungenau definiert.

Auch stehen für die Landnutzung wichtige Gesetze, wie zum Beispiel das Gesetz zu Siedlungsbau (UU No. 4/2004), das statt auf Beteiligung von Öffentlichkeit und Regierung stärker auf die Privatisierung öffentlicher Güter setzt, im Widerspruch zu der in der EU favorisierten Rolle des öffentlichen Sektors. In der Praxis zieht sich der Staat aus bestimmten Planungsbereichen zurück und überlässt diese dem privaten Sektor. Zu nennen wären hier die Wasserversorgung, der Straßenbau und das Siedlungswesen/Wohnungsbau. Dies steht aber im Widerspruch zum tieferen Sinn der Verfassung, die die Wohlfahrt des Volkes betont. Die Ursache dafür liegt wohl in der Priorisierung der Interessen, die auf die Förderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen abzielen.

Die Partizipation der Bevölkerung soll mit Konsultationen abgedeckt werden, doch berichten Nichtregierungsorganisationen, dass diese häufig formal "abgehakt" werden. Ausgewählte Personen, überredet oder sonstwie gefügig gemacht, nehmen an den Sitzungen teil, um die Pläne willig abzuwinken. Die Beschränkung auf Konsultationen wird aber dem Anspruch von Partizipation nicht gerecht, da die aktive Gestaltung

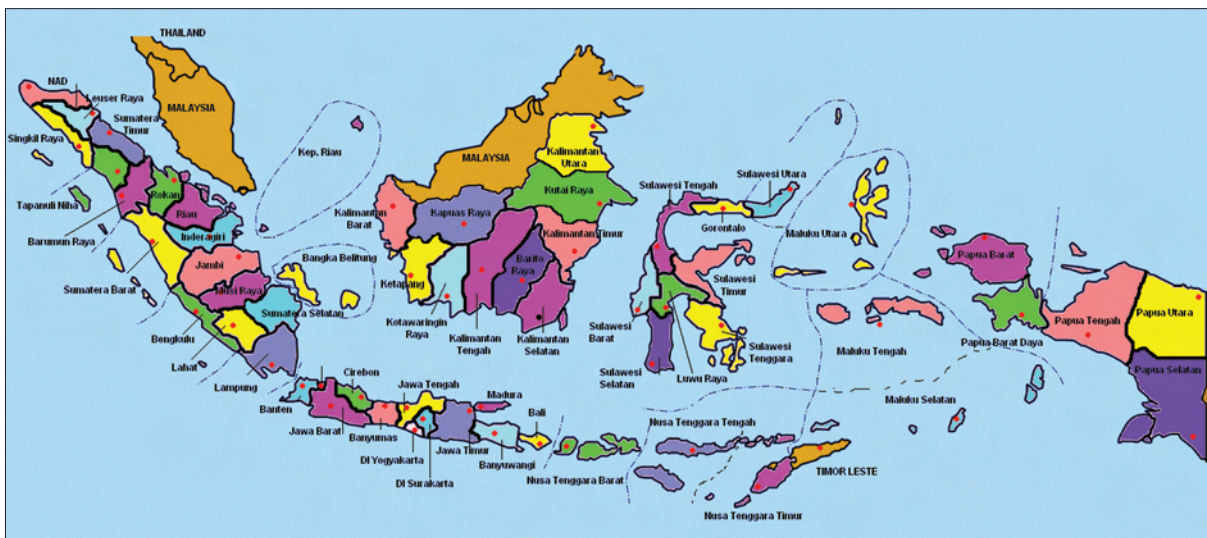
und Beteiligung der Bevölkerung an solchen Planungen dadurch alleine nicht gewährleistet wird. Trotzdem sehen zivilgesellschaftliche Gruppen die Möglichkeiten für Partizipation und Berücksichtigung der Kenntnisse der Bevölkerung auch positiv als Chance. Eine Reihe von Graswurzelgruppen nutzt diese Gelegenheit, indem sie eigene Karten der realistischen Landnutzung erstellen, um somit die Lokalverwaltung oder die Provinz in Zugzwang zu bringen.

Problem: Dezentralisierung und Hierarchien

Das Raumordnungsgesetz von 2007 hat zum einen das hierarchische Modell nach EU-Muster detailliert ausgearbeitet, was die EU explizit begrüßt, – ohne jedoch den nach EU-Vorstellungen gewünschten integrativen Ansatz zu verwirklichen. Zum anderen wurde aber auch das US-amerikanische Modell des Landnutzungsmanagements durch rigide Zonierung übernommen. Dieses Neben- und teilweise sogar Gegeneinander unterschiedlicher Modelle führt zwangsläufig zu Unstimmigkeiten und Konflikten.

Das eher "technisch" zu nennende Problem des Nebeneinander von verschiedenen Modellen zeugt wohl von fehlender Bedarfsanalyse und lässt den Wunsch erkennen, es ausländischen Ratgebern Recht zu machen. Internationale Mitarbeiter und Ratgeber im Planungsprozess berichten, dass Aspekte wie zum Beispiel die Bedeutung von Biodiversität oder schützenswerten Wäldern nur in grober Form übernommen werden, da es schwierig sei, Verständnis für die Bedeutung dieser Werte zu erwecken. Auch spiele das Forstministerium eine eher hemmende Rolle.

Karte: Provinzen Indonesiens





Proteste gegen Neuplantagen in Jambi, Sumatra (Foto: Klute)

Weiterhin besteht ein Neben- oder Gegeneinander von Hierarchien nach dem europäischen Modell und dem Autoritätsansprüchen sowohl der Zentralregierung als auch der Provinzen und Distrikte. Während im US-amerikanischen Modell die Planungen dezentral erfolgen und die Verantwortlichkeiten bei den lokalen Behörden liegen, bleibt in Indonesien der Zentralstaat weiterhin sehr wichtig, denn die Zentralregierung will sich nach wie vor die gesetzgebende Autorität vorbehalten.

Auf nationaler Ebene werden für die einzelnen Inseln oder Inselgruppen Raumordnungspläne aufgestellt, die neben den von Jakarta erstellten strategischen Planungen für die einzelnen Provinzen stehen. Trotz des zentralistischen Charakters haben Distrikte und Provinzen das Recht, ihre eigenen Planungen, welche häufig im Widerspruch zu denen Jakartas stehen, zu erstellen, statt sich an hierarchischen Planungsmustern zu orientieren. Hier fehlt es meist an Abstimmung mit dem nationalen Plan. Zusätzlich zu dieser Spannungsebene ergibt sich ein weiteres Konfliktfeld, da die regionalen Büros der Behörde für Landangelegenheiten BPN, welche das Recht hat, Landgenehmigungen zu vergeben, dem dezentralen Muster nicht folgen, sondern der nationalen Landbehörde unterstellt sind.

Statt einer Planungshierarchie, die regionale und lokale Gegebenheiten berücksichtigt und eine Partizipation der BürgerInnen ermöglicht, existiert in Indonesien also eher ein Nebeneinander von nationalen und regionalen Planungen: ein institutioneller Gap zwischen Zentrale (Jakarta) und den Distrikten.

Aufgrund der nicht-kohärenten Planungen der dezentralen Mächte und der Zentralregierung

kommt es häufig zu mehrfach verplanten Flächen. Zum Beispiel hat die Provinz Zentralkalimantan Bergbaufirmen Konzessionen für Kohle-Tagebau im gleichen Gebiet vergeben, das von der Zentralregierung für REDD Plus Projekte vorgesehen ist, während Distrikte dort Ölpalmsplantagen ansiedeln und es somit zu Überlappungen von Konzessionen und damit zu Konflikten innerhalb der Planungshierarchien kommt.

Die als "Kollateralschäden" der Dezentralisierung entstandenen, bis heute meist ungelösten Konflikte zwischen Distrikten und Provinzen, bzw. zwischen Distrikten

und der Nationalplanung behindern heute die Planungen.

Problem: geregelte Zonierung und ungeletzte Lizenzen

Bei der Zonierung nach US-amerikanischem Muster gelten für die einzelnen Zonen bestimmte Vorschriften oder Kriterien, mit denen die Landnutzung festgelegt wird. Das Zonierungssystem kollidiert nicht selten mit dem Modell der Vergabe von Konzessionen: hie rigide Bestimmungen, da Günstlingswirtschaft. Kein Wunder, dass Lokalpolitiker die Zonierung zwar auf dem Papier einführen, in der Praxis ihr jedoch wenige Chancen bieten.

So wie das EU-Modell mit seiner hierarchischen Struktur und dem Anspruch, umfassend zu sein, formal kopiert wurde, so wurde, wahrscheinlich nach entsprechender Beratung, die Zonierung als Puzzleteinchen in das Planungssystem eingefügt, so dass sich insgesamt das Bild eines aus nicht zusammenpassenden Fragmenten bestehenden Konstrukts ergibt.

Auch von anderer Seite erfährt die Zonierung vehementen Widerstand, bedeutet sie doch nicht selten, dass Indigene aus Waldzonen, Naturschutzgebieten oder Nationalparks ausgeschlossen werden. Es gibt zahlreiche Beispiele von mit polizeilicher Gewalt vertriebenen Indigenen und vom Zusammenprall der Interessen verschiedenster Akteure.

Problem: Theorie und Praxis

Weitere Hemmnisse, die nicht übersehen werden dürfen, sind historisch-kultureller Natur. Als Erbe der Kolonialzeit kann die ausufernde Bürokratie

betrachtet werden, als grundlegender Mangel die nicht-kohärente Verwaltung. Als kulturelles Erbe gelten die feudalen Strukturen mit Begleiterscheinungen wie Nepotismus und Korruption, als Erbe der Diktatur die wie Pilze aus dem Boden sprießenden Lokalpotentaten. Hinzu kommen die allmächtige Sprache der Gewalt und die Diskriminierung von Minoritäten. All dies behindert Planungsprozesse.

Möglichkeiten verstreichen oft ungenutzt: so versprach man sich von dem im Rahmen des REDD Plus Abkommens mit Norwegen erlassenen Moratoriums für die Umwandlung von Primär- und Torfwäldern in Ölpalmplantagen ein Zeitfenster für eine intensivierte Verbesserung der Landnutzungsplanung. Es wäre ein Rückschritt, wenn die jüngst ausgesprochene Verlängerung des Moratoriums wieder ungenutzt verstreichen sollte.

So wird die Praxis zum größten Hemmschuh für die Landnutzungsplanung: Jakarta vergibt Konzessionen an Bergbau-, Holz- und Ölpalmfirmen auch in Schutzgebieten und ohne Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse. Die Distrikte ihrerseits, genauer: quasi absolutistische Lokalpolitiker, vergeben Lizenzen ohne Rücksicht auf die nationalen Planungen, auf öffentliches Interesse und auf die eigene Bevölkerung.

Während die Praxis sich nicht um die Raumordnungsplanungen schert, fehlt den Planungen der Praxisbezug; sie werden generell ohne Rücksicht auf die Realität der Waldbewirtschaftung durchgeführt.

Eine gewichtige Folge der fragmentierten, nicht-kohärenten und praxisfernen Planungssituation ist, dass bisher nur wenige Planungen ausgearbeitet wurden und selbst die vorhandenen Pläne sind unzureichend ausgearbeitet und implementiert. Das wichtigste Werkzeug der Planer, das Kartenmaterial, ist veraltet. Noch immer bilden die Karten des Transmigrationsprogramms für manchen Distrikt die Grundlage der Planungen. Die Karten sind nicht nur von lediglich antiquarischem Wert, oft stimmen sie nicht mit der Realität überein.

So kann sich die beste Planung als kontraproduktiv erweisen: aufgrund von fehlerhaftem Kartenmaterial und mangelndem Wissen bzw. fehlendem Wissenstransfer über den Zustand von Land und Wald kann kein Planer sinnvolle Landnutzungspläne aufstellen.

Überhaupt haben die Planungsbehörden einen schweren Stand gegenüber politischer und wirtschaftlicher Macht. Jederzeit kann ein Ministerialdekret die Planungen umwerfen, steht es

doch höher im Rang als die Pläne. Auf lokaler Ebene stoßen sie auf Unwissen oder fehlenden politischen Willen oder sind dem Einfluss politischer und ökonomischer Interessen ausgesetzt. Manchmal fehlt auch nur die Finanzierung.

Anregungen, Handlungsoptionen, Empfehlungen

Landnutzungsplanung in Indonesien ist noch kein vollendetes System. Darüberhinaus gibt es bis heute vielerorts trotz aller Anstrengungen keine Landnutzungsplanung. Damit die beunruhigenden Landnutzungsänderungen nicht vollendete Tatsachen schaffen, braucht Indonesien nicht nur eine Verbesserung des Planungssystems, sondern auch eine Atempause bei neuen Vorhaben.

Darum ist es aus Sicht vieler zivilgesellschaftlicher Akteure erforderlich, folgende Vorschläge umzusetzen.

- Die indonesische Regierung soll das Moratorium für Holzeinschlag und Umwandlung von Primär- und Torfwäldern in Plantagen nicht nur verlängern, sondern ernsthaft umsetzen, um Zeit für Reformen im Landnutzungssystem zu finden. Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure im In- und Ausland können mit Monitoring und Waldschutzprogrammen unterstützend wirken.
- Die Grundlagen einer Landnutzungsplanung, das sind umfassende Daten von Landnutzung, Waldbedeckung und soziale Aspekte sollen vorliegen bzw. vorhandene sollen der Realität angepasst und verbessert werden. Ebenso sollen die vorhandenen Karten ergänzt werden. In diesen Prozess sollen mehr indonesische und internationale Fachleute, ebenso wie die lokale Bevölkerung mit ihren Ortskenntnissen, einbezogen werden.
- Das Landnutzungssystem soll überdacht werden, wobei Systemwidersprüche aufzulösen sind.
- Indonesien soll die Autorität der relevanten Behörden klar definieren und abgrenzen. Dabei könnte Deutschland eine bessere Koordination innerhalb der Planungshierarchien fördern.
- Da die aktuelle Landnutzungsplanung der Wirtschaftsentwicklung Vorrang einräumt, sollen Instrumente entwickelt werden, die eine integrative Landnutzungsplanung befördern.

Hierbei sollten Fachkenntnisse und Erfahrungen aus dem europäischen Raum einfließen.

- Landnutzungsplanung kann oftmals wegen wirtschaftlich mächtiger Akteure nicht umgesetzt werden. Deshalb gilt es auch von außen auf die indonesischen, asiatischen und internationalen Palmöl-, Kohle-, Bergbau- und Holzunternehmen Einfluss zu nehmen, um ihre politische Macht zu lenken, mit dem Ziel einer Wirtschaftsentwicklung, die nicht ausschließlich auf der Ausbeutung der Ressourcen beruht.
- Wichtig wäre eine bessere Partizipation der Bevölkerung, die Land nutzt, bei der Planung von Plantagen und Holzeinschlagskonzessionen, Wäldern mit hohem Schutzwert (HCV = high conservation value) und anderen geschützten Wäldern sowie Bergbaukonzessionen. Da die lokale Bevölkerung zusammen mit NRO an vielen Orten die Nutzung bereits kartografieren, sollen die indonesischen Behörden sich deren Kenntnisse zunutzemachen. Andere Akteure können dieses community mapping unterstützen.
- Indonesien soll das System der Vergabe von Konzessionen an die Holz-, Plantagen- und Bergbauindustrie reformieren.

Endnoten

- 1 Zur Definition von Landnutzungsplanung siehe zum Beispiel GIZ: <http://www.mekonginfo.org/assets/midocs/0003640-planning-cadastre-landnutzung-splanung-strategien-instrumente-methoden.pdf>
- 2 Wicke, Birka; Sikkema, Richard; Dornburg, Veronika; Junginger, Martin und Andre Faaij: Drivers of Land Use Change and the Role of Palm Oil Production in Indonesia and Malaysia. Overview of Past Developments and Future Projections. Copernicus Institute Universiteit Utrecht, Juli 2008. Die Entwicklungsangaben sollen eher als Größenordnung denn als absolute Werte verstanden werden.
- 3 The EU Compendium of Spatial Planning Systems and Policies, 1997, Seiten 36-37
- 4 Naturschutzverbände kritisieren diese Praxis, da Lobbyarbeit für den Waldschutzgedanken, z.B. für High Conservation Value Forest auf einer Fläche für "anderen Nutzen", sehr schwierig ist.

Akronyme

BAPPENAS	Badan Perencanaan dan Pembangunan Nasional, Ministerium für Entwicklungsplanung
BPN	Badan Perencanaan Nasional, Nationale Planungsbehörde
HCV	High conservation value (forest), Wälder mit hohem Schutzwert
HGU	Hak Guna Usaha, Betriebsgenehmigung für Plantagen, hauptsächlich Ölpalmen
HTI	Hutan Tanaman Industri, Holzplantage für Holz- und Zellstoffindustrie
LUC	Land Use Change, Landnutzungsänderungen
RePPPProT	Landnutzungsplan für Transmigration
RTRW	Rencana Tata Ruang Wilayah, Raumordnungsplanung
RTRWN	Rencana Tata Ruang Wilayah Nasional, Nationale Raumordnungsplanung
RTRWP	Rencana Tata Ruang Wilayah Propinsi, Raumordnungsplanung der Provinzen
RTRWK	Rencana Tata Ruang Wilayah Kabupaten/Kota, Raumordnungsplanung der Distrikte/Städte
UUD 45	Undang-undang Dasar, Verfassung

